



BURMA REPORT

Februar 2011

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 93

Free all political prisoners, free Burma.

Zin Linn <zinlinn@cscoms.com>
[NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK]
News & Articles on Burma

World News Australia -

<<http://www.sbs.com.au/news/article/1456051/Suu-Kyi-calls-for-reconciliation-push>>

Suu Kyi fordert, sich erneut um Aussöhnung zu bemühen

31. Dezember 2010 - | Source: AAP

Burmas Kämpferin für Demokratie, Aung San Suu Kyi, forderte in ihrer Neujahrsansprache die Bürger ihres Landes dazu auf, 2011 den Kampf um Aussöhnung erneut wieder aufzunehmen.

In einer Botschaft, die die Partei, National League for Democracy (NLD) am Freitag veröffentlichte, bat sie die Bürger Burmas, "mit neuer Kraft und mit neuen Worten in diesem vielversprechenden Jahr zusammen zu kämpfen.

"Wir müssen uns bemühen, politische und soziale Netzwerke unter den Menschen zu knüpfen, um die nationale Aussöhnung herbeizuführen und einen wirklichen Geist der Einheit zu bilden", fügte sie hinzu.

Die 65-jährige wurde am 13. November entlassen, Tage nach der weitgehend kritisierten ersten allgemeinen Wahl innerhalb von 20 Jahren, für die die von der Junta unterstützte Partei den Sieg für sich beanspruchte.

Suu Kyi wurde wegen der Wahl eingesperrt, die von ihrer Partei boykottiert wurde. Dies führte zu einer Spaltung der Oppositionsbewegung, die einige NLD-Mitglieder verliessen, um sich mit einer neuen Partei an der Wahl zu beteiligen.

Am Donnerstag, als sich das vom Militär regierte Land dazu vorbereitete, am 4. Januar den 63. Jahrestag seiner Unabhängigkeit zu begehen, forderten die USA Burma abermals auf, politische Häftlinge freizulassen und einen Dialog zu beginnen, der die Demokratie fördern soll.

THE BURMANET NEWS, Wed, 05. Jan 2011, Issue #4113, "Editor" <editor@burmanet.org>

The Irrawaddy, Mittwoch, den 5.

Januar 2011 - Newsletter for Wednesday, January 5, 2011, news@irrawaddy.org
<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=20465>

NLD legt vier Richtlinien für ausländische Investitionen fest

Htet Aung - 5. Januar 2011-

Lt. einer Erklärung zur Politik hat Burmas führende demokratische Oppositionspartei, die National League for Democracy (NLD) vier Richtlinien für ausländische Investitionen im Land festgelegt und ihre Haltung bestätigt, dass die bestehenden Wirtschaftssanktionen zum Wohl der Menschen überprüft werden müssen.

"Die Berücksichtigung von Umwelt- und sozialen Einflüssen auf das Volk, Rücksicht auf Arbeiterrechte, Arbeitsbeschaffung und technisch fortgeschrittene Investitionen", sind die vier wichtigsten Prioritäten der Parteipolitik hinsichtlich Investitionen aus dem Ausland, stand in der Erklärung, die den Titel "Wirtschaftsanalyse" trug und am 4. Januar, dem burmesischen Unabhängigkeitstag, veröffentlicht wurde.

Die Erklärung unterstrich auch die Notwendigkeit, sich um die steigenden Preise für Gebrauchsgüter und die zunehmende Arbeitslosigkeit zu kümmern, die das Ergebnis der ungleichen Verteilung von Wohlstand im Lande sind.

Auf die Frage des Irrawaddy, ob die Partei in Erwägung zieht, ausländische Direktinvestitionen auf Basis dieser vier Richtlinien zu begrüßen, antwortete Win Tin, Sekretär der NLD: "Zuerst wollen wir die Auswirkung der Sanktionen auf den Normalbürger überprüfen. Wir sagten bereits, dass, sollten wir eine negative Auswirkung auf das Volk feststellen, wir den Ruf nach einem Ende der Sanktionen in Betracht ziehen".

Er fügte hinzu, dass im Falle der Aufhebung der Sanktionen: "diese vier Leitlinien unsere Richtschnur dafür sein werden, welche Investitionen wir annehmen sollten".

Er erklärte weiter, dass die NLD diese vier Leitlinien nicht nur im Hinblick auf die negative Auswirkung von Auslandsinvestitionen auf die Umwelt des Landes festgelegt hat, sondern auch, um das soziale und wirtschaftliche Leben der Menschen zu schützen.

"Ein Beispiel ist die chinesische Investition in den Bau des Myitsone-Dammes am Zusammenfluss von N'mai und Mali, dort wo der Irrawaddy beginnt," sagte Win Tin. "Der Irrawaddy ist die Hauptwasserader unseres Landes, und der Bau eines Dammes könnte negative Auswirkungen für die Umwelt und soziale Konsequenzen für Land und Leute haben."

Win Tin äusserte seine Besorgnis auch darüber, dass die chinesischen Investitionen wenig dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit zu lindern, da die chinesischen Firmen oft ihre eigenen Arbeiter für die Arbeit am Projekt mitbrächten. Ein weiteres Problem sei, so sagte er, dass die einheimische Bevölkerung oft wegen dieser Projekte gezwungen ist, fortzuziehen, was ihre Lebensgrundlage beeinflusst. Die politische Erklärung der NLD kritisiert die jüngsten Investitionen in Burma, da diese kurzfristigen Profit vorziehen und eine nachhaltige Entwicklung des Landes ausser Acht lassen.

Die Erklärung wies darauf hin, dass der Bau von vielen Dämmen, Sammelbecken, und Brücken ohne Berücksichtigung der Umwelt und der Lebensgrundlage der einheimischen Bevölkerung oft mehr Schaden als Nutzen brächte. In vielen Fällen wurde kultiviertes Land durch diese Projekte zerstört und die Bauern verloren ihr Kapital, weil sie gezwungen wurden, Früchte anzubauen, die weder für das Land noch wegen des Wetters geeignet waren.

Die Erklärung unterstrich weiterhin die Notwendigkeit des Rechtsstaates ... ✍

... und einer transparenten verantwortungsvollen Regierungsführung in Burma. Sie besagt weiter, dass die Wirtschaft allen Bürgern Burmas offenstehen müsse, um sich wirtschaftlich entwickeln zu können.

"Um ein Industrieland aufzubauen, sind Investitionen erforderlich, die den Transfer fortschrittlicher Technologien ermutigen, aber die chinesischen Investitionen bringen uns nichts von all dem", sagte Win Tin.

Zin Linn <zinlinn@cscoms.com>, [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] News & Articles on Burma, 04.01.2011, 17:42:29

Asia-Pacific News, 4. Januar 2011

Junta warnt vor "begehrlichen" Ländern, Suu Kyi dankt Ausländern

<http://www.monstersandcritics.com/news/asiapacific/news/article_1609253.php/Junta-warns-of-covetous-countries-Suu-Kyi-thanks-foreigners>

Rangoon: Myanmar's Junta benutzte den Jahrestag der Unabhängigkeit am Dienstag dazu, "begehrliche" Länder davor zu warnen, die Nation zu kontrollieren, während Aung San Suu Kyi die Gelegenheit ergriff, allen ausländischen Unterstützern zu danken.

"Es ist nichterstaunlich, dass bestimmte begehrliche, aggressive Länder darum bemüht sind, die politische Kontrolle über ein geographisch strategisch wichtiges Land wie Myanmar zu erhalten, sagte Generaloberst Seniorgeneral Than Shwe in seiner Rede zum 63. Jahrestag der Unabhängigkeit von Grossbritannien.

Während die vor kurzem freigesetzte Ikone der Demokratie, Aung San Suu Kyi, die Gelegenheit dazu benutzte, allen ihren Unterstützern zu danken, zu denen "Staatschefs, politische Führer, Friedensnobelpreisträger, die Europäische Union, internationale Amnestie-Organisationen, Menschen in Amerika und Europa wie auch unsere Landsleute zu Hause und im Ausland gehören".

Suu Kyi, die Friedensnobelpreisträgerin von 1990, wurde am 13. November, sechs Tage nach den ersten allgemeinen Wahlen in 2 Jahrzehnten, aus einem 7 1/2-jährigen Hausarrest entlassen.

In ihrer Neujahrsbotschaft sagte Suu Kyi: "Der erfolgreiche Sieg der Demo-

kratie ist ein Muss, politische Freiheit, ökonomische Freiheit und soziale Freiheit gehören zusammen", sagte sie. "Wir müssen alle zusammenstehen, um diese Freiheiten zu verwirklichen".

Than Shwe, der seit 1992 Chef der Junta ist, erwähnte keine politischen Freiheiten in seiner Rede zum Jahrestag der Unabhängigkeit.

Er vertrat die Auffassung, dass Myanmar, alias Burma, in drei Kriegen zwischen 1824 bis 1885 den Engländern anheim fiel, "weil es über keine starke Armee verfügte".

Jetzt hat Myanmar eine starke Armee, ist aber schwach auf allen anderen Gebieten.

Myanmar, das in den Jahren vor dem II. Weltkrieg als die stärkste Wirtschaftskraft Südostasiens galt, zählt jetzt auf der Liste der UNO zu den am geringsten entwickelten Ländern.

Das Land befindet sich seit 1962 unter der Militärherrschaft, als General Ne Win sich auf den verhängnisvollen "Burmesischen Weg zum Sozialismus" begab.

1988 setzten Massendemonstrationen gegen das Militär dem sozialistischen System ein Ende, schafften es aber nicht, die Demokratie einzusetzen.

Das Militär schlug die Demonstranten nieder und tötete geschätzte 3.000 Protestierende.

Es erlaubte 1990 eine Wahl, verweigerte dann aber die Machtübergabe an den Sieger, die National League for Democracy unter der Führung von Aung San Suu Kyi.

Obwohl die Junta neue allgemeine Wahlen am 7. November inszenierte, kritisieren internationale Beobachter diese als unfrei, unfair und ohne die Teilnahme aller Vertreter.

Die Wahl wurde von der juntagestützten Union Solidarity and Development Party gewonnen, die vollgepackt ist mit Ex-Militärs und derzeitigen Regierungsministern.

Than Shwe erklärte sie zur erfolgreichen Wahl und zum "Stolz der Nation und ihrer Menschen".

THE BURMANET NEWS, January 6, 2011, Issue #4114, Thu, 06. Jan 2011, "Editor" <editor@burmanet.org>, www.burmanet.org

The Irrawaddy, EDITORIAL -

Donnerstag, den 6. Januar 2011, <http://www.irrawaddy.org/opinion_story.php?art_id=20474&page=1>

Dubiose Wohltaten dank der Öffnung zum Westen

Eines der Argumente, die zur Beendigung von Sanktionen gegen das herrschende System in Burma hervorgebracht werden, ist, dass die Generäle des Landes durch die Berührung mit dem Westen ermutigt würden, dem Beispiel der freiesten Demokratien weltweit mit deren offenen Märkten und ihrer Rechtsstaatlichkeit zu folgen.

Eine interessante Idee, aber bedauerlicherweise besteht kein Grund zur Annahme, dass sich dies wirklich realisieren liesse.

Bis 1988 hatten die burmesischen Herrscher keinen Mangel an Gelegenheit, vom Westen zu lernen. Während seiner 26-jährigen Herrschaft war das Regime von Ne Win darauf bedacht, das Land von der Aussenwelt zu isolieren, unterhielt aber von Regierung zu Regierung regelmässige Verbindung mit den Westmächten. Unter anderen gaben die USA, Britannien, Deutschland und Israel auf die unterschiedlichste Weise ihre Unterstützung, sei es finanzieller oder militärischer Art oder durch die Ausbildung von hochrangigen Polizei- oder Armeeoffizieren.

Ne Win selbst war ein eingefleischter Globetrotter und unternahm während seines Vorsitzes in der Burmese Socialist Programme Party (BSPP) - die Partei, die er gründete, als er 1962 die Macht an sich riss und Burma bis zum Zusammenbruch in 1988 regierte, regelmässig Reisen nach Europa und in die USA, wo er seine Ferien verbrachte oder sich medizinischer Behandlung unterzog.

Während dieser ganzen Zeit zeigte Ne Win wenig Neigung, Burma für westliche Einflüsse zu öffnen, ganz im Gegenteil, er schien entschlossen, das Privileg des Kontakts mit der Aussenwelt einigen wenigen vertrauenswürdigen Auserwählten vorzubehalten.

Unter denjenigen, die ins Ausland reisten, um vom Westen zu lernen, war Brigadegeneral Tin Oo, der gefürchtete Chef der Geheimpolizei, der ...

... zwischen 1960 und 1970 bei der CIA wie auch auf der englischen Polizeiakademie studierte. Nach seiner Rückkehr nach Burma half er, einen der weltweit berühmtesten Polizeistätten aufzubauen.

Oberst Tun Tin, einer der Armeeoffiziere, die eine Schlüsselrolle in den frühen Tagen nach der Unabhängigkeit zur Bekämpfung der Aufständischen spielte, wie auch die Führungsrolle als Chef der burmesischen Streitkräfte in der "Schlacht von Insein" 1949, absolvierte einen Kurs für Polizeidirektoren in England. Er interessierte sich besonders für die "Vier-Schnitt"-Strategie, die die Engländer in Malaysia anwendeten und diskutierte das Thema mit Offizieren des britischen Kriegsministeriums. Die burmesische Armee verfolgt diese Strategie bis heute, indem sie die ethnische Zivilbevölkerung darin unterstützt, bewaffnete Gruppen aus den Grenzgebieten zu verdrängen.

General Kyaw Htin, Burmas Stabschef mit der längsten Dienstzeit (von 1976 - 1984), studierte ebenfalls im Ausland. Nach einer Periode in den USA, wo er in Fort Leavenworth, Kansas, die Akademie für Heeresleitung und Generalstab besuchte, erhielt Burma zwei Kurszusagen jährlich für diese renommierte Militärakademie. Viele burmesische Armeeoffiziere besuchten regelmäßig die Royal Police Academy in England.

Während viele jetzt China dafür kritisieren, das burmesische Regime mit Waffen auszurüsten, lohnt es sich, darauf hinzuweisen, dass während der Ne Win-Ära der Westen der Hauptlieferant von Waffen war. Die deutsche Firma Fritz Werner richtete in Burma Fabriken zur Herstellung von Waffen ein, die jetzt von derselben Armee verwendet werden, die die 1962 demokratisch gewählte Regierung stürzte.

Konnte Burma davon profitieren, dass es von Generälen oder ehemaligen Generälen regiert wird, die warme Beziehungen zum Westen unterhielten? Die Antwort ist offensichtlich nein. 1988 zwangen massive prodemokratische Proteste die BSPP, die Macht abzugeben, aber nur, um durch die derzeitige Junta ersetzt zu werden. Burma ist eines der ärmsten Länder der Welt.

Viele Angehörige des Regimes wussten, dass die Wirtschaft des Landes am Boden lag, aber anstatt zu reformieren, baten sie ihre ausländischen Freunde um Unterstützung. Tun Tin, der 1988 für kurze Zeit Premierminister war, reiste in den Jahren von 1970 und 1980 oft nach Deutschland und Japan, um

günstige Kredite oder andere finanzielle Unterstützung zu erlangen. Er wagte jedoch nie, dem Rat dieser fortschrittlicheren Länder zu folgen, was bedeutet hätte, Burma für ausländische Investoren zu öffnen.

Nach der Unterdrückung des prodemokratischen Aufstandes von 1988, stellte der Westen die Lieferung von militärischer Technologie nach Burma ein und erhob Wirtschaftssanktionen. Jetzt scheinen jedoch einige diese Einhaltung von Prinzipien zu bedauern, die dazu führte, dass Burma weit offen für die Ausbeutung von reicheren Nachbarn wurde, während westliche Firmen zum größten Teil davon ausgeschlossen waren, ihren Anteil an den Ressourcen des Landes zu nehmen.

Das ist falsch, sagen Sanktionsgegner, denn während Länder wie China und Thailand völlig ohne Prinzipien im Handel mit dem Regime sind, zeigen westliche Firmen höhere Standards der Verantwortung. Aber für die Menschen, die wegen des Baus von Fernleitungen der Firmen Total und Unocal vertrieben wurden, bedeutet der Gedanke wenig Trost, dass sie von den Militärpartnern dieser Firmen in Burma misshandelt wurden; die Gerichte am anderen Ende der Welt sind immer bereit, zuzuhören, solange man willens ist, ein Jahrzehnt oder so zu warten, um einen fairen Prozess zu bekommen.

Realistisch gesehen, kann man von eingefleischtem Diktatoren nicht erwarten, dass sie sich ändern, indem sie die Gelegenheit erhalten, Hände mit europäischen oder amerikanischen Geschäftsführern zu schütteln und Verträge mit ihnen abzuschließen. Selbst Khin Nyunt, Maung Aye und viele andere ehemalige oder derzeitige Mitglieder der jetzigen Junta, die oftmals in den Westen gereist sind, bevor Visastops gegen sie verhängt wurden, konnten sich nicht den "Demokratiebazillus" einfangen, von dem erwartet wird, dass er durch den Kontakt mit Bürgern freier Demokratien übertragen wird.

Das Gleiche gilt für viele Nachbarn Burmas, die trotz enger Beziehungen zu den USA und anderen westlichen Ländern bestenfalls ein ambivalentes Verhältnis zur Demokratie haben. Thailand, ein treuer Alliiertes Amerikas, ist hierfür ein gutes Beispiel. Viele der führenden thailändischen Militärs erhielten ihre Ausbildung im Westen und flogen F-16-Düsenjäger oder verwendeten automatische Schusswaffen und Panzer aus dem Westen. Aber das hat sie nicht davon abgehalten, ihre Waffen gegen Demonstranten zu richten, wenn ihnen dies notwendig erschien.

Ein weiterer Beweis für die Tatsache, dass die Öffnung dem Westen gegenüber nicht notwendigerweise ein aufgeklärtes Denken mitschlingt, kann im Chor der im Westen ausgebildeten Burmesen gefunden werden, die im vergangenen November der Farce einer Wahl zustimmten. Nach Jahren des Studiums im Westen scheinen sie zu der Folgerung gelangt zu sein, dass Demokratie nur eine Sache der Form ist. Bedauerlicherweise sind dies die Menschen, denen die Politiker des Westens heutzutage zuhören.

Gewöhnliche Burmesen mit wenig oder keiner Ausbildung scheinen besser als viele "Burma-Experten" zu verstehen, dass das Land eine verantwortungsbewusste Regierungsführung braucht und nicht den Kostümwechsel führender Generäle. Es ist in der Tat nicht der fehlende Kontakt zum Westen, an dem es in Burma mangelt, sondern an Führern, die ihr eigenes Land und die Bedürfnisse seiner Menschen verstehen. Bis dem so ist, wird kein Kontakt mit der Aussenwelt helfen.

The Irrawaddy,

Sonnabend, den 25. Dezember 2010,
<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=20413>,
<http://www.irrawaddy.org/>

Versucht nicht, die neue Regierung "zu kontrollieren", warnt das Regime die Opposition

Einem Kommentar zufolge, der in der staatlichen Zeitung The New Light of Burma veröffentlicht wurde, sollte die burmesische demokratische Opposition damit aufhören, die nationale Aussöhnung zu fordern und sich stattdessen mit der neugewählten burmesischen Regierung zusammenzutun, um eine "nationale Rekonsolidierung" zu erreichen.

Als erste offensichtliche Antwort des burmesischen Regimes auf die wiederholte Forderung der prodemokratischen Führerin Aung San Suu Kyi eines Dialogs mit den das Land regierenden Generälen, mahnte der Kommentar die Oppositionsgruppen, die von der jetzigen Regierung gestützte Regierung, die irgendwann zu Beginn des nächsten Jahres gebildet werden soll, als "Verbündete der Demokratie" ...

... zu betrachten.

Der Kommentar bezog sich vor allem auf Suu Kyis Partei, die National League for Democracy (NLD) und ethnische Gruppen, die die Wahl des vergangenen Monats boykottiert haben. Die von der Junta bevollmächtigte Partei erhebt den Anspruch, einen erdrutschartigen Sieg in den Wahlen davongetragen zu haben, die von internationalen Beobachtern weitgehend als Betrug angesehen werden.

Sie warnte auch die NLD, die in der Vergangenheit Druck auf das Regime ausgeübt hatte, Gespräche mit der Opposition zu führen, derlei Taktik in Zukunft zu unterlassen.

"Alle Wege, eine nationale Aussöhnung herbeizuführen, sei es durch Gewaltlosigkeit, Gewalt, indirekte oder direkte Versuche, die herrschende Regierung zu kontrollieren, werden fruchtlos sein", steht dort.

Auffallend abwesend im Kommentar war der Satz "nationale Aussöhnung, die das erklärte Ziel der NLD und ihrer ethnischen Verbündeten ist. Stattdessen bezieht es sich auf "nationale Rekonsolidierung" - was mehr der Linie des Ziels des Regimes entspricht, die zentrale Kontrolle über die vielen Minoritätengruppen des Landes zu stärken.

"Wie können wir uns rekonsolidieren, ohne uns vorher ausgesöhnt zu haben?" fragt Chin Sian Than, ein Führer der Chin, die die Wahl des vergangenen Monats boykottiert haben.

"Dieser Kommentar bezeugt abermals, dass das Regime mit den eigenen Plänen nach vorn preschen wird," sagte er.

Auf der ersten Seite des New Light of Myanmar wurde am Freitag ebenfalls das Thema der nationalen Rekonsolidierung in einer Rede vom Junta-Chef, Seniorgeneral Than Shwe, an die Abschlussklasse der medizinischen Militärakademie in der Hauptstadt Naypyidaw hervorgehoben.

Er wird dort zitiert: "Ich möchte Sie dazu auffordern, an der nationalen Rekonsolidierung, die erreicht wurde, mitzuwirken und alle Gedanken und Absichten, die zur Disintegration der Union führen könnten, fahren zu lassen".

In seiner Rede beanspruchte Than Shwe auch, dass die ethnischen Minderheiten Burmas jetzt die Früchte von Entwicklungsprojekten einfahren könnten, die das Regime seit seinem Machtantritt in 1988 begonnen hat. Er fügte hinzu, dass kommende Regierungen ihre Bemühungen für das Land hierauf

aufbauen könnten.

Zin Linn <zinlinn@cscsoms.com>, [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] News & Articles on Burma, 15 Jan 2011

The Telegraph - den 14. Januar 2011, <<http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/china/8259551/China-strikes-deal-with-Burma-to-guarantee-oil-supply.html>>

China unterzeichnet zur Sicherung seiner Energieversorgung Abkommen mit Burma - MALCOLM MOORE

In einer Aktion, die als "goldene Brücke der Freundschaft" bezeichnet wird, hat die herrschende burmesische Junta Beijing die Erlaubnis erteilt, an Burmas Westküste eine Werft zu bauen und zu unterhalten, in der Tanker aus Afrika und dem Mittleren Osten anlegen können, um von dort aus die Fracht überland nach Südchina zu transportieren.

Diese neue Möglichkeit am Tiefseehafen von Kyauk Phyu ist das Ergebnis jahrzehntelanger Planung von Beijing, um die Energieversorgung sicherzustellen.

Zur Zeit müssen 80% der Erdöl- und Erdgasimporte Chinas durch die Strasse von Malacca, einer Meerenge zwischen Malaysia und Indonesien, hindurchgezwängt werden.

Da sich auf den Andaman- und Nicobarinseln am Eingang der Meerenge eine indische Marinebasis befindet, sowie eine grosse Präsenz der US-Marine in der Region vorhanden ist, macht sich China seit Jahren Sorgen über die Verletzlichkeit seiner Handels- und Energierouten durch eine Blockade.

Der chinesische Präsident Hu Jintao warnte bereits 2003 davor, dass einige "grosse Länder" versuchten, "den Transportkanal in Malakka zu kontrollieren".

Als Antwort darauf hat China eine Strategie entworfen, die als "Perlenkette" bekannt wurde, d.h. eine Kette von Marinestützpunkten durch den indischen Ozean sollte im Notfall seine Tanker schützen. Hierzu gehören Gwadar in Pakistan, Chittagong in Bangladesh und Hambantota in Sri Lanka.

Zusätzlich hat China geduldig die bur-

mesische Junta hofiert, indem es seinem südlichen Nachbarn in den 1990er Jahren Tanker, Kampffjets und Waffen im Wert von £800 Mio. lieferte, um das Regime zu stützen.

Nach der Unterzeichnung eines Handelsabkommens half China Strassen und den Schienenverkehr wieder aufzubauen und schickte sogar Berater der Volksbefreiungsarmee, um mit Fachwissen für Beratung zu sorgen.

Im vergangenen Jahr sicherte Hu Jintao dem burmesischen Regime bedingungslose Unterstützung zu und erklärte Than Shwe, Burmas höchstem General, dass die chinesische Politik sich "ohne Rücksicht auf Veränderungen der internationalen Situation nicht ändern wird".

Im Gegenzug hat die burmesische Junta den Zugang zu seinen reichen natürlichen Ressourcen gewährt und erlaubt China nun, die wichtige geographische Lage Burmas am Indischen Ozean für sich zu nutzen.

Nach Ankunft der chinesischen Tanker im Tiefseehafen Kyauk Phyu werden Erdöl und Erdgas durch 500 Meilen lange Doppelfernleitungen in die Provinz Yunnan gepumpt. Die Station soll von der grössten Ölgesellschaft des Landes, der China National Petroleum Corporation, betrieben werden sowie von Qingdao Port, dem neuntgrößten Hafengebäude weltweit.

Durch die Fernleitungen, die bereits im Bau sind, sollen nach ihrer Fertigstellung in 2013 täglich ein Maximum von 440.000 Barrel Öl und 400 Bio. Kubikfuß Gas transportiert werden können.

Zusätzlich plant China tausende Meilen Schienen zu verlegen, um die südchinesische Stadt Kunming mit den Häfen in Burma und Südostasien, einschliesslich der ehemaligen burmesischen Hauptstadt Rangoon, zu verbinden. Die Partnerschaft Beijings mit Burma wird nicht nur dazu beitragen, die eigene Versorgung zu sichern, sondern sichert Beijing gleichzeitig auch einen Vorteil vor Japan und Südkorea zu, die ebenfalls von der Strasse von Malacca für einen Teil ihrer Energieversorgung abhängen.

Tin Kyi <mtinkyi7@yahoo.com>, 01.01.2011 - NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK@yahoo.com, [abs-cbnnews.com](http://www.abs-cbnnews.com) - <<http://www.abs-cbnnews.com/global-filipino/world/12/30/10/us-calls-democratic-myanmar>>

Agence France Press - Posted at 12/30/2010 11:31 PM |

Die USA fordern ein demokratisches Myanmar

Washington: Die Vereinigten Staaten forderten am Donnerstag, als sich das unter Militärführung stehende Land vorbereitete, am 4. Januar seinen Unabhängigkeitstag zu begehen, Myanmar dazu auf, Häftlinge zu entlassen und einen Dialog zu beginnen, um die Demokratie voranzutreiben.

Das Aussenministerium gratulierte Myanmar, auch als Burma bekannt, zum 63. Jahrestag seiner Unabhängigkeit, hoffte jedoch, dass der Tag herbeikommt, "an dem die Bürger Burmas in friedlichem Bestreben ihre universalen Menschenrechte ausüben können".

"Wir unterstützen weiterhin standhaft ein unabhängiges, friedliches, blühendes und demokratisches Burma", sagte der Sprecher des Ausländischen Amtes, Mark Toner.

"Die Vereinigten Staaten sind bereit, die bilateralen Beziehungen zu verbessern, erwarten jedoch von der burmesischen Regierung, die Hoffnung seiner verschiedenen Völkergruppen zu erfüllen, alle politischen Häftlinge freizulassen und mit allen Bürgern einen umfassenden und bedeutsamen Dialog zu beginnen, der zur echten nationalen Aussöhnung führen soll".

Im November setzte die Junta die Führerin der demokratischen Opposition, die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, frei, die die meiste Zeit der vergangenen zwei Jahrzehnte unter Hausarrest verbrachte, nachdem ihre Partei die Wahlen gewonnen hatte, das Amt aber nicht übernehmen durfte.

Ihre Freilassung erfolgte jedoch erst, nachdem die Junta neue Wahlen abgehalten hatte, die von westlichen Nationen und Oppositionsgruppen weitgehend als Farce angeprangert wurden.

Lt. Menschenrechtsgruppen befinden sich noch mehr als 2.100 politische Häftlinge in Myanmar, die weniger prominent sind als Suu Kyi.

2009 begann die Administration Präsi-

dent Obamas einen Dialog mit dem Regime, der die Isolation Myanmars beenden sollte. Beamte der USA zeigten sich enttäuscht über die Ergebnisse, bleiben aber dabei, dass der Dialog der beste Weg in die Zukunft ist.

The Irrawaddy - Newsletter- Donnerstag, den 20. Januar 2011, news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org

Clinton telefoniert mit Aung San Suu Kyi -

LALIT K JHA

<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=20569>

Washington: Am Mittwoch sprach US-Aussenministerin Hillary Clinton telefonisch mit Aung San Suu Kyi. Dies war der erste Kontakt der beiden Chefs seit die burmesische Ikone der Demokratie im November nach Jahren des Hausarrests entlassen worden war.

"Aussenministerin Clinton rief heute bei Aung San Suu Kyi an und versprach eine Zusammenarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft und zur Förderung der Demokratie in Burma" berichtete der Sprecher des Auswärtigen Amtes, PJ Crowley, in einer Botschaft über Twitter.

Während ihres Gesprächs, das zehn Minuten dauerte, sprachen die beiden Chefs kurz über die Tätigkeit Aung San Suu Kyis seit ihrer Entlassung.

Crowley berichtete dem Irrawaddy, dass der Anruf Clintons die Folge eines Treffens mit Ministerialdirektor Joseph Yun Ende vergangenen Jahres ist.

"Es werden in den nächsten Wochen weitere Treffen mit den Mitarbeitern der Botschaft in Rangoon stattfinden sowie andere, um eine zielgerichtete Diskussion herbeizuführen," sagte er.

Clinton schrieb bald nach deren Entlassung am 13. November vergangenen Jahres an Suu Kyi. Daraufhin erfolgte im Dezember der viertägige Besuch Yuns in Burma, wobei er sich mit Suu Kyi traf.

"Während einer längeren Konferenz mit Aung San Suu Kyi und Mitgliedern der National League for Democracy unterstrich Ministerialdirektor Yun unser alles übergreifende Ziel eines friedlichen, gedeihlichen und demokratischen Burmas und besprach Ideen zur Förderung der Aussöhnung und des Dialoges", verlautete eine Erklärung der USA.

Seit dem Besuch des Ministerialdirektors für ostasiatische und pazifische Angelegenheiten, Kurt Campbells im Mai 2010, war die Reise Yuns die des höchstrangigsten US-Vertreters.

Campbell, der Spitzenmann der Obama-Regierung für Burma, traf sich bisher zweimal mit Suu Kyi, die während der ersten beiden Male noch unter Hausarrest stand.

The Irrawaddy, Mittwoch, den 26. Januar 2011 - Today's Newsletter, January 26, 2011, news@irrawaddy.org, www.irrawaddy.org

Die USA sagen "nein" zur Aufhebung von Sanktionen gegen die Junta

THE IRRAWADDY

<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=20610>

Lt. einem hochrangigen US-Diplomaten werden die Vereinigten Staaten die Aufhebung von Wirtschaftssanktionen gegen Burma nicht eher in Betracht ziehen, bevor die Militärregierung des Landes nicht die Partei der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, die National League for Democracy (NLD) anerkennt und die politischen Gefangenen freilässt.

Ministerialdirektor für ostasiatische und pazifische Belange, Joseph Y. Yun, sagte Dienstag zur The Jakarta Post, dass als Vorbedingung das burmesische Regime Gespräche mit Suu Kyi beginnen sowie die mehr als 2.000 politischen Gefangenen im Lande freilassen müsse, ehe die USA eine Aufhebung von Wirtschaftssanktionen, die gegen das burmesische Regime wegen der Verletzung von Menschenrechten eingeführt wurden, in Betracht ziehen.

Sein Kommentar erfolgte mehr als eine Woche nach dem Treffen der Aussenminister der Association of Southeast Asian Nations (Asean) und einem Bündnis von fünf ethnischen politischen Parteien in Burma, die das Ende westlicher Wirtschaftssanktionen gegen Burma forderten.

Während ihres kürzlichen Treffens in Lombok, Indonesien, bezeichneten die Minister der ASEAN die umstrittenen Parlamentswahlen und die Entlassung Suu Kyis als "Fortschritt", auf die die Internationale Gemeinschaft positiv antworten sollte.

....☞

... Yun wird dahingehend zitiert, dass die Aussenminister der ASEAN alle Forderungen geäußert hätten, die die USA zur Aufhebung der Wirtschaftssanktionen des Westens an das burmesische Regime stellen.

"Dies sind ausgezeichnete Forderungen seitens der ASEAN-Minister, und ich denke, dass die Obrigkeit Myanmars sie beherzigen und auch verwirklichen sollte", sagte Yun und fügte hinzu, dass eine positive Antwort der USA erfolgen wird, sobald das burmesische Regime den Forderungen der Internationalen Gemeinschaft nachkomme.

Vergangenen Freitag sagte der Sprecher des Aussenministeriums in Washington, P.J. Crowley, dass die Obama-Administration zur Zeit keine Pläne zur Aufhebung der Sanktionen habe und dass diese Sanktionen gezielt gegen die Führung der Militärjunta, deren Kumpane und Geschäftsverbindungen, die sie unterstützen, gerichtet seien - und nicht gegen das burmesische Volk.

Zur Aufhebung von Sanktionen von Reportern befragt, antwortete Crowley: "Zu diesem Zeitpunkt, nein".

"Dies ist das Thema, das wir regelmäßig mit den Akteuren besprechen - nämlich die Wirkung und den Einfluss unserer Sanktionen. Unsere Sanktionen sind vor allem gegen diejenigen gerichtet, die besonders für die Verweigerung der Demokratie und die Missachtung der Menschenrechte in Burma verantwortlich sind", sagte Crowley.

"Wir sind besorgt wegen des burmesischen Volkes, aber es ist das burmesische System, das die volle Verantwortung für die verheerende wirtschaftliche Situation trägt. Sie sind diejenigen, die die Korruption institutionalisiert haben, und sie sind diejenigen, die die natürlichen Ressourcen geplündert haben", sagte er.

Wir halten die Sanktionen aufrecht, um dadurch die Obrigkeit zu drängen, konkrete Aktionen zu Themen zu unternehmen, die der Internationalen Gemeinschaft vor allem am Herzen liegen, wie demokratische Reformen, die Freilassung aller politischen Gefangenen und der Beginn eines wirklichen Dialoges mit der demokratischen Opposition und den Führern der ethnischen Minderheiten", sagte Crowley.

Die Forderung Yuns an das Regime, Suu Kyis NLD anzuerkennen, kam zeitgleich mit dem Einspruch ihrer Juristen gegen die Auflösung der Partei im vergangenen Jahr als Folge der Entscheidung, sich nicht an den Parlamentsah-

len am 7. November zu beteiligen.

Am Montag legten die Juristen ihre Argumente dem Hohen Gericht in Naypyidaw vor, aber das Gericht entschied bisher nicht, ob es Suu Kyis jüngsten Einspruch gegen die Auflösung ihrer Partei annehmen wird oder nicht. Suu Kyi traf sich mit Yun in Rangoon und besprach mit ihm die Wirtschaftssanktionen, die gegen Burma verhängt wurden.

Seit 2009 begann die Obama-Administration einen diplomatischen Dialog auf hoher Ebene mit der burmesischen Militärführung, während sie gleichzeitig die Sanktionen als ein wichtiges Mittel der US-Politik aufrechterhielt.

Das burmesische Regime hat jedoch bisher keine konkrete positive Antwort gegeben. Während sich das Land darauf vorbereitet, das Parlament Ende des Monats zur der ersten Parlaments-sitzung innerhalb von 22 Jahren einzuberufen, verbleiben in Burma mehr als 2000 politische Gefangene hinter Gittern. Das Parlament wird von Gesetzesgebern dominiert, die das Militär unterstützen und im vergangenen Jahr die umstrittenen Wahlen gewannen.

Burma News - 26 January 2011 -
"Burma News" <burma_news@verizon.net>
MCOT News, den 23. Januar 2011
<http://www.mcot.net/cfcustom/cache_page/159608.html>

Aussenminister Kasit versichert Suu Kyi der Unterstützung Thailands bei der Aussöhnung In Myanmar

Bangkok, 23. Januar 2011: Der thailändische Aussenminister Kasit Piromya versprach der Ikone der Demokratie Myanmars, Aung San Suu Kyi, die Unterstützung der thailändischen Regierung hinsichtlich der Aussöhnung und der Entwicklung der Demokratie in ihrem Lande.

Quellen berichten, dass am Freitag während eines einstündigen Gesprächs in einem Hotel in Rangoon Mr. Kasit Mrs. Suu Kyi darüber informierte, dass die thailändische Regierung der Ansicht sei, dass sie in ihrer Stellung als Oppositionsführerin auch die Gruppen der ethnischen Minoritäten Myanmars

repräsentieren und eine wichtige und positive Rolle in Myanmar spielen könne.

Den Quellen zufolge sagte Mr. Kasit zu Suu Kyi, die nach den ersten Wahlen, die innerhalb von zwei Dekaden am 7. November stattfanden, aus dem Hausarrest entlassen wurde, dass die Wahlen als wichtigstes Sprungbrett zur Förderung der Demokratie in Myanmar gedeutet werden könnten und dass Thailand bereit sei, die Entwicklung in ihrem Lande zu unterstützen.

Mr. Kasit berichtete Suu Kyi ebenfalls, dass die an der Konferenz der vergangenen Woche auf der indonesischen Insel Lombok teilnehmenden Aussenminister der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN), der Meinung seien, dass die internationalen Wirtschaftssanktionen, die unter der Führung der USA und EU gegen Myanmar verhängt wurden, überprüft werden sollten.

ASEAN empfahl Myanmar, im Anschluss an die Wahlen und der Entlassung Mrs. Suu Kyis nun mit dem Aussöhnungsprozess zu beginnen.

Mrs. Suu Kyi berichtete Mr. Kasit, dass sie bereit sei, mit der Militärführung über einen Aussöhnungsprozess zu sprechen und dass für beide Seiten ein Kompromis über ein Abkommen gefunden werden könnte.

Sie sagte, dass sie mit Gesprächen warten wolle, bis eine neue Regierung gebildet worden sei, um zu wissen, wer die wirklichen Machthaber in ihrem Lande sind.

The Irrawaddy, Donnerstag, den 27. Januar 2011 - Newsletter, January 27, 2011 - news@irrawaddy.org

Die burmesische Junta verteidigt sich in Genf

THE IRRAWADDY
<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=20621>

Burma verteidigte am Donnerstag sein Menschenrechtsprotokoll vor dem Universal Periodic Review (allgemeine periodische Bewertung) des Büros des Hochkommissars für Menschenrechte bei der Vereinten Nationen (UNHCR) in Genf.

Während einer dreistündigen Besprechung forderten eine Anzahl von UNO-Mitgliedsstaaten, unter ihnen Britanien, Frankreich und die

....

Vereinigten Staaten das burmesische Militärregime auf, die Unterdrückung ethnischer Minderheiten aufzugeben, die über 2000 politischen Häftlinge zu befreien und von Zwangsarbeit, willkürlichen Festnahmen und der Folter von Dissidenten abzulassen.

Die burmesische Delegation jedoch, unter Führung von Dr. Tun Shin, dem stellvertretenden Generalstaatsanwalt, antwortete, dass sich Burma einer freien Presse erfreue, keine Menschenrechtsverletzungen begangen und mit dem Sonderbeauftragten der UNO für Menschenrechte in Burma, Tomás Ojea Quintana zusammengearbeitet habe.

Die Universal Periodic Review bietet

der Internationalen Gemeinschaft die Möglichkeit, grundsätzlichen Druck auf die Regierung Myanmars auszuüben, sich den allgemeinen Normen der Menschenrechte zu unterwerfen", sagte Phil Robertson, stellvertretender Direktor von Human Rights Watch in einem Interview mit Al Jazeera.

"Die burmesische Regierung macht sehr bereitwillig Versprechen vor dieser Art von Forum, vergisst diese jedoch, sobald die Diplomaten das Flugzeug betreten, das sie nach Hause bringen soll", sagte er.

Diese Woche veröffentlichte Human Rights Watch einen Bericht, der die andauernden Menschenrechtsverletzungen in Burma beschreibt. In der

Zwischenzeit bereitet sich die burmesische Junta auf die Einberufung der ersten Parlamentssitzung des Landes innerhalb von 22 Jahren vor - einem Parlament, das von promilitärischen Gesetzesmachern der von der Junta bevollmächtigten Union Solidarity and Development Partei dominiert wird.

Am Donnerstag begannen die Repräsentanten der politischen Parteien, sich in Naypyidaw einzufinden, um an der Eröffnung des Parlamentes am Montag teilzunehmen.

Brief vom 14. Dezember 2010



for Human Rights, Democracy
& Development in Burma

23/2017971

14. Dezember 2010

Liebe Freunde,

haben Sie Dank für Ihre Unterstützung von Burma Campaign UK in 2010, und ich hoffe, dass Ihnen die kommende Festeszeit Freude bringen wird.

Im November erfuhren wir die wunderbare Nachricht von der Entlassung der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. Wir haben uns viele Jahre um ihre Entlassung bemüht und stellten sicher, dass die Welt sie nicht vergisst. Es besteht kein Zweifel darüber, dass unsere Bemühungen zu ihrer Entlassung beigetragen haben. Aber 2.200 weitere politische Gefangene leiden immer noch in burmesischen Gefängnissen, viele von ihnen werden gefoltert, und die medizinische Versorgung wird ihnen verwehrt.

Die Entlassung Aun g San Suu Kyis machte international Schlagzeilen. Doch während sich die Medien auf die Ereignisse in Rangoon konzentrierten, begann die Militärdiktatur wieder ihre Angriffe gegen ethnische Minderheiten im Osten des Landes. Diese Attacken werden immer noch fortgesetzt, und wir haben erschreckende Nachrichten von Dorfbewohnern erhalten, die vor den Angriffen fliehen mussten.

Am 9. November schossen um 18⁰⁰ Uhr die in Kya Inn Seikkyi, Karen-Staat, stationierten Armeetruppen 30 Artilleriegeschosse in die umgebenden Dörfer ab. Der 32jährige Dorfbewohner Myo Aung wurde dabei schwer verletzt.

Am folgenden Tag feuerte die Armee wiederum 139 Artilleriegeschosse ab . Bei diesem Angriff wurde die 17jährige Thar Dar Paw getötet. Sie war Schülerin der 8. Klasse. Ihr Bruder Too Too wurde schwer verwundet und liegt jetzt im Krankenhaus von Kya Inn Seikkyi.

In der Schule des Dorfes Ta Ka Klo schlugen 5 Geschosse ein, 2 Häuser wurden ebenfalls beschädigt. Dann nahm die Armee Kyaw Myint aus dem Dorf Noe Neh fest und erschoss ihn. Kyaw Myint war 60 Jahre alt als er starb.

Am 27. November war die 53jährige Ma Wa aus dem Dorf Palu Poe beim Kochen und hütete ihre Enkeltochter als sie vor dem Angriff der burmesischen Armee fliehen musste, und sie berichtete meinem Kollegen:

"Ich bin völlig verzweifelt. Wenn die Situation so bleibt wie jetzt, kann ich meine Enkelin nicht ernähren. Ich habe nicht die geringste Ahnung, warum sie uns so angreifen. Wir sind doch nur Dorfbewohner".

Diese schrecklichen Angriffe zeigen, dass die Scheinwahlen und die Freilassung von Aung San Suu Kyi keinen Wandel für Burma bedeuten. Im Gegenteil, die Angriffe der Diktatur gegen Angehörige der Ethnien nehmen zu.

Wir brauchen Ihre Hilfe, um die Menschenrechtsverletzungen in Burma zu beenden. Jeden Tag sterben dort Menschen. Würde die burmesische Armee Zivilisten in Rangoon mit Geschossen bombardieren, führte dies zu einem internationalen Aufschrei.

The Burma Campaign UK

28 Charles Square, London N1 6HT

Tel: 020 7324 4710

Fax: 020 7324 4717

E-mail: info@burmacampaign.org.uk

Web: www.burmacampaign.org.uk

Registered in England No. 3804730

Patrons: Rt Hon Gordon Brown MP, Sinead Cusack, Clive James, Miriam Karlin OBE, Baroness Helena Kennedy QC, Baroness Glenys Kinnock, Maureen Lipman, Sue Lloyd-Robertts, Roger Lyons, Lord Steel
Chair: Rev. Prof. Michael H. Taylor

Mit ihren Bombardements von Schulen und den Angriffen auf Zivilisten begeht die Diktatur Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die UNO beschuldigt das Regime, durch die bewussten Angriffe auf Zivilisten die Genfer Konventionen zu verletzen. Sie unternimmt jedoch nichts zu deren Untersuchung oder um die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen.

Ihre Unterstützung kann einen Unterschied machen und sie wird es auch. Im Januar 2011 wird Burma Campaign UK sich für die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverbrechen bemühen. Mit Ihrer Hilfe ist es uns bereits gelungen, England, die USA, Australien und einige Staaten der EU zur Unterstützung einer Untersuchung durch die UNO zu gewinnen. Jetzt benötigen wir Ihre Hilfe, um auf diesen Erfolg aufbauen zu können und andere Regierungen weltweit dazu zu bewegen, uns so zu unterstützen, dass uns dies gelingt.

Ihre Unterstützung von Burma Campaign UK ermöglicht positive Aktionen. Deshalb möchten wir Sie heute um £30 bitten, damit anderen Kindern das Schicksal von Thar Dar Paw und das ihres Bruders Too Too erspart bleibt und sie, wie Kinder sollten, frei von Angst vor tödlichen Verletzungen leben können.

Ich danke Ihnen.

Anna Roberts
Geschäftsführende Direktorin

Spendenzusage

Referenznummer 2017971

Hiermit spende ich

£60 £40 £30 £20 anderer Betrag £ _____

Ich lege meinen Scheck/meine Postanweisung zahlbar an "The Burma Campaign UK" bei.
Bitte notieren Sie, dass wir keine CAF oder Wohltätigkeitsschecks annehmen können.

oder belasten Sie bitte meine Karte mit dem Betrag von £ _____ .

Art der Karte (bitte ankreuzen):

MASTERCARD/VISA/VISA DÉLTA/VISA ELECZTON/SWITCH/SOLO

Kartenummer:

Verfalltag: _____ / _____ (Monat/Jahr)

Ausgabennummer der Karte (nur für SWITCH/SOLO)

Sicherheitscode _____ (die letzten 3 Nummern auf Kartenrückseite)

Name des Kartenbesitzers: _____

Unterschrift: _____

Bitte schicken Sie dieses Formular an:

Freepost RRBB-CASH-UJAA, Burma Campaign UK 28 Charles Square, London N1 6HT.

Danke.

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470
e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de - <http://www.burmabureaugermany.com>, <http://www.burma-report.de>

Für Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in Burma